



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/181 - 14.8.1954

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039870

Brennendes EVG-Gebäude

r. Die nächsten 14 Tage werden ganz im Zeichen der EVG stehen - in Bonn, in Paris, in Brüssel. Am Wochenende wurden, nicht offiziell, aber zuverlässig, die Einzelheiten der französischen Abänderungswünsche bekannt. Sie stellen vom deutschen Standpunkt aus eine maximale Verschlechterung und objektiv eine totale Aushöhlung des Integrationsprinzips dar. Was politisch dahintersteckt, kommt geradezu aufdringlich klar in der Forderung zum Ausdruck, Paris zum Sitz der EVG zu machen. Von der ganzen Jugendherrlichkeit der Verteidigungsgemeinschaft bleibt der Wille Frankreichs übrig, sich so weit wie möglich zu distanzieren - und die Kontrollmaschine gegenüber Westdeutschland.

Die weitmaschige Durchlöcherung des Integrationsprinzips bringt logischerweise auch einzelne vernünftige Überlegungen für diejenigen mit sich, die von einer supranationalen Verschmelzung - unter ungleichen Bedingungen der miteinander Verschmolzenen - nie viel hielten. Aber diese Gedanken sind im Rahmen eines formell beibehaltenen Integrationssystems widersinnig, weil sie in der Sache viel mehr gewissen Vorstellungen über eine Koalition entsprechen. Das gilt für die "suspensiven" Klauseln, die den Vertragspartnern in bestimmten Fällen gestatten würden, den Vertrag zu kündigen, für die vorgeschlagene verringerte Vertragsdauer, für die Abschwächung der Vollmachten der höchsten militärischen Behörde und einiges mehr.

Wie soll es nun weitergehen? Zunächst einmal will man die Konferenz in Brüssel abwarten, die am Donnerstag beginnt. Ihre Ergebnisse sollen, heißt es aus Paris, weitgehend die Beratungen der Fachausschüsse zur Nationalversammlung beeinflussen, die ihrerseits am 28. August mit der EVG-Debatte beginnen soll. Dabei geht man in Paris offenbar von der Erwartung aus, das Ergebnis von Brüssel werde in der Annahme der etwa dreißig Schreibmaschinenseiten umfassenden französischen Abänderungswünsche durch die anderen EVG-Staaten bestehen. Dies halten wir für eine Illusion. Damit aber ist alles vollkommen in Frage gestellt.

Das weiß auch der Bundeskanzler und deshalb ist er nach Bonn geeilt. Das Gebäude der EVG, wie er sie anstrebt, brennt lichterloh. Fragt man nach den Gründen, so ist zu sagen: Diese französischen Vorschläge konnten auch deswegen gemacht werden, weil seit Jahr und Tag ein Druck von deutscher Seite mit dem Ziel einer gemeinsamen Lösung des europäischen Sicherheitssystems und der deutschen Wiedervereinigung fehlt. Dieses Drängen (das nicht stattgefunden hat) hätte natürlich mit positiven Vorschlägen für die Lösung dieser Doppelaufgabe verbunden sein müssen. Sie sind nie gemacht worden.

- 2 -

+ + +

Die dänische Minderheit

Schleswig-Holsteinischer Landtag ohne Dänen?

RiG. Ist der südschleswigsche Wählerverband eine Splitterpartei? Man kann ihm als Vertreter der dänischen Minderheit eine gewisse Berechtigung seines Anspruches, im schleswig-holsteinischen Landtag vertreten zu sein, wohl kaum absprechen; und eben deswegen wird er gewiß nicht locker lassen, diesen Anspruch durchzusetzen, um auf anderen Wegen zu erreichen, was ihm auf dem Rechtswege über das Verfassungsgericht nicht gelang.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat gegen die Beschwerde des SSW entschieden und das schleswig-holsteinische Wahlgesetz als "nicht verfassungswidrig" erklärt. Damit besteht im Augenblick für den SSW kaum eine Chance, nach den am 12. September stattfindenden Wahlen wieder in den neuen schleswig-holsteinischen Landtag einzuziehen; wie jede andere Splitterpartei wird er über die Hürde der 5-Prozent-Klausel zu Fall kommen.

Im Grunde war diese Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu erwarten. Klauseln ähnlicher Art gibt es auch in den Wahlgesetzen anderer Länder, und wir haben uns an diese gegen die Splitterparteien aufgerichteten Barrikaden nach 1945 längst gewöhnt. Die Erfahrungen der Weimarer Zeit mit der störenden Überzahl kleinster Parteigebilde liessen eine solche vorbeugende Massnahme dringend geboten erscheinen, und es sind im allgemeinen auch nur die Splitterparteien selbst, die Betroffenen, die von Zeit zu Zeit protestieren, weil sie eben das Opfer derartiger Klauseln sind. Nun fragt sich, ob man denn wirklich die dänische Minderheit mit diesen Parteigrüppchen in einen Topf werfen kann, denn sie ist inzwischen wirklich so etwas wie eine echte Minderheit geworden.

Vor wenigen Jahren sah es damit noch etwas anders aus. Damals war die Tendenz der Südschleswiger noch recht expansiv, so sehr, daß sie sich bisweilen der Hoffnung hingaben, im deutschen Schleswig eine Mehrheit erreichen zu können. Sie zogen ohne viel Skrupel Gewinn aus der Tatsache, daß damals viele Deutsche der Nachkriegsbelastung zu

entfliehen trachteten. Daß heute dieser alldänische Traum ausgeträumt und völliger Resignation gewichen ist, dafür ist schließlich die soeben verhandelte Verfassungsbeschwerde des SSW das beste Zeugnis. Und daß die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes auf der anderen - deutschen - Seite Genugtuung finden und möglicherweise gar hämische Schadenfreude auslösen wird, ist nach allem Vorhergegangenen verständlich.

Trotzdem sollte alsbald überwunden werden, was noch an Bitterkeit aus den ersten Nachkriegsjahren geblieben ist; nicht zuletzt auch im Interesse der deutschen Minderheit, die es in Nordschleswig gibt. Nach den dänischen Wahlen Ende September vergangenen Jahres ist zum ersten Male nach dem Kriege auch wieder ein Vertreter der deutschen Minderheit in Nordschleswig in das dänische Parlament eingezogen; der Wille zur Überwindung der Gegensätze und zur gutnachbarlichen Zusammenarbeit hat also sichtbaren Erfolg gezeitigt. Es muß eine Möglichkeit geben, die auch bei uns unter dem Zeichen des guten Willens steht und der dänischen Minderheit ihre Daseinsberechtigung ohne kleinliche Auslegung nach den Buchstaben des Gesetzes bestätigt.

+ + +

"Sozialdemokraten? - Raus!"

I.P.Kiel

Die in leichtfertigster Weise heraufbeschworene Justizkrise in Schleswig-Holstein ist noch nicht beigelegt. Im Gegenteil! Nach ihrer parlamentarischen, für die Verantwortlichen höchst peinlichen Behandlung im Kieler Landtag, wird sie als zersetzendes Geschwür am deutschen Justizkörper weiterwuchern. Die Schlußsitzung des im Juli 1950 gewählten schleswig-holsteinischen Landtages hat zwar die wirklichen Gründe für ihr Entstehen bloßgelegt, aber sie sind nicht beseitigt worden. Durch die politisch bestimmten, willkürlichen Eingriffe bei höchsten Organen der Rechtspflege wurde nicht nur die deutsche Justiz in eine schwere Krise gestürzt. Darüber hinaus ist die eigentliche Ursache des ganzen Vorganges dazu angetan, das ganze Gefüge der heutigen Bundesrepublik ernstlich zu gefährden. Denn gleichermaßen die deutsche Sozialdemokratie wie alle Anhänger der rechtsstaatlichen Demokratie haben sich nunmehr mit den Konsequenzen jener in Schleswig-Holstein brutal durchexerzierten Formel "Sozialdemokraten oder ihre

Wähler sind in Staatsstellungen von besonderer Wichtigkeit unerwünscht!" auseinanderzusetzen.

Es steht jetzt fest, dass ein der CDU nicht beigetretener Generalstaatsanwalt, der jedoch nie anderweitig parteipolitisch hervorgetreten ist und der allein nur weiß, ob er der SPD in der einsamen Wahlkabine seine Stimme gegeben hat, einfach nicht in die politische Landschaft, wie sie sich ein CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident namens Lübke vorstellt, hineinpasst. Obgleich "der bisherige Generalstaatsanwalt sich bei vielen von uns einer großen Wertschätzung erfreute" (so der CDU-Abgeordnete Rechtsanwalt Schoof), obgleich dieser Dr. Mannzen als besonders qualifizierter Jurist wie untadeliger Mensch überall, wo man ihn kennt, unumstritten ist, mußte er einem parteipolitisch profilierten, zu Lübke in engster politischer und persönlicher Beziehung stehenden Beamten weichen. Ausgerechnet dieser Dr. Voss hatte in einer zurückliegenden Unterredung mit dem zuständigen Minister Schäfer erklärt, sein Generalstaatsanwalt Dr. Mannzen könne sich nicht durchsetzen. Er sei den Oberstaatsanwälten gegenüber "zu weich". Aber er, Voss, als der von Lübke seit langem "designierte" Nachfolger, werde schon "die neue Form einer strafferen Zusammenarbeit" schaffen. Nur müsse gleichzeitig noch eine andere Vorbedingung erfüllt werden: Um "in die Staatsanwaltschaften einen lebendigen Zug (!) zu bringen", um "aufzulockern und die neue (!) große Linie zu erreichen", müßten sämtliche Oberstaatsanwälte des Landes Schleswig-Holstein auf einen Schlag und binnen 24 Stunden versetzt werden!

Außer Dr. Mannzen wird noch dem Kieler Oberstaatsanwalt Dr. Thamm die Herrn Lübke und seinem engeren Kreis so verdammenswert erscheinende Möglichkeit nachgesagt, er sei Wähler der SPD. Zwar ein tüchtiger Beamter und sauberer Mensch, aber "hinweg mit ihm, er wählt wahrscheinlich die SPD"! Diese beiden qualifizierten Juristen galt es zu treffen. Zunächst mußte der direkte höchste Dienstvorgesetzte beseitigt werden. Dann konnte die wichtigste Oberstaatsanwaltschaft des Landes, bei der auch die Fäden etwaiger politischer Prozesse zusammenlaufen, im Zuge einer Generalabrechnung von einem eventuellen Sozialdemokraten "befreit" werden!

Das Revirement aller Oberstaatsanwälte ist nichts anderes als der Tarnvorhang, hinter dem die Treueverpflichtung eines Rechtsstaates auch seinen sozialdemokratischen Beamten oder allen sozialdemokratischen Bevölkerungsteilen gegenüber zu Grabe getragen wird. Es bleibt kein anderer Schluß übrig. Gegen diese Tendenz müssen alle aufrichtig demokratischen Kräfte mit allen Mitteln angehen.

Zwei Berliner SozialdemokratenFranz Neumann

Am 14. August beging Franz Neumann, Vorsitzender des Landesverbandes der Berliner SPD, seinen 50. Geburtstag.

Wenn man nach einer Formel sucht, mit der das wichtigste gesagt wird, was über Franz Neumann, den Fünfzigjährigen zu sagen ist, dann scheint dies die treffende, die beste, die richtigste zu sein: waschechter Berliner!

Das sagt alles. Da liegt alles drin, - das Organ und die Gesinnung, das Herz und der Humor und noch viel mehr.

Was der Stadt Berlin zustieß, das stieß auch Franz Neumann zu: Revolution und Blockade, Nazis und Kommunisten, Untergang und zähes Wiederhinaufkämpfen.

Das Glück dieser Stadt war sein Glück, wie auch ihr Leiden sein Leiden war. Ihre Hinterhöfe waren seine Hinterhöfe. Ihre Arbeit war auch seine Arbeit. Jawohl, es war die große Stadt, die aus dem fünfzehnjährigen Schlosserlehrling schließlich den Franz Neumann von heute gemacht hat, - den Politiker, den Sozialdemokraten, den vehementen Draufgänger, den Kämpfer gegen Terror in jeder Gestalt.

Man darf die Medaille auch umdrehen. Zu seinem Teil war es Franz Neumann, der andererseits einiges (und nicht wenig) mit dazu getan hat, dass das Berlin von heute das Berlin ist, vor dem alle Welt den Hut zieht. Einer, der Franz Neumanns Leben bis in die letzte Ecke kennt, schrieb dieser Tage ein schönes Wort über ihn: Er war und ist die Sturmglocke der Freiheit.

+ + +

Otto Suhr

Dr. Otto Suhr, Präsident des Berliner Abgeordneten-Hauses, vollendet am 17. August 1954 sein 60. Lebensjahr.

Wie wenig andere ist dieser Mann mit der Stadt Berlin, vor allem mit den letzten erregenden Jahren ihrer Geschichte verbunden, und dies, obwohl er selbst nicht einmal gebürtiger Berliner ist. Immerhin verbrachte er rund dreißig Jahre seines Lebens in der deutschen Hauptstadt. Das reichte aus, ihn zum Berliner zu machen. Es reichte nicht aus, ihn von der Spitze-Stein-Aussprache seiner norddeutschen Heimat abzubringen. Es liegt wohl ein wenig Symbolismus darin, - ein wenig Wasserkante und ein wenig Konservatismus im besten Sinne. Man kann es auch Treue nennen. Und Treue hat dieser Otto Suhr vielfach im Laufe seines Lebens bewiesen, im privaten Bereich, wie im Bereich der politischen Seefahrt, wo das Barometer so oft auf Sturm steht.

Treue und Logik lag in dem politischen Kurs, den Otto Suhr als politischer Mensch, als Sozialdemokrat steuerte.

Treue und Logik waren auch im beruflichen Ablauf bestimmende Elemente dieses Lebens, das einige Jahrzehnte den großen Grundfragen des Angestelltenwesens gewidmet war, ebenso wie auch den kleinen und alltäglichen Sorgen dieser großen Schicht des deutschen Volkes. In organisatorischer und soziologischer, in wissenschaftlicher und publizistischer Hinsicht, - auf jede Art hat Otto Suhr dieser Sache gedient und gut gedient.

Verantwortlich: Peter Raunau